

---

# **Regulierung des Internet in autoritären Staaten. Ansätze und Ursachen der Varianz**

Exposé für ein Promotionsthema

J a n      S c h w a t e  
B . - V o i g t - S t r . 1 9  
D - 9 8 6 9 3 I l m e n a u

E-Mail: [mail@calljan.de](mailto:mail@calljan.de)

---

## Gegenstand der Arbeit

"Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten *das zu sagen, was sie nicht hören wollen.*"

*George Orwell (1903 - 1950)*

Das rasante Wachstum des Internet in den vergangenen Jahren führte zu umfangreichen Spekulationen über die Auswirkungen dieses neuen Mediums auf unsere ökonomischen, sozialen und politischen Lebensbedingungen. Zahlreiche liberal geprägte Politiker und Experten erhoffen sich vom Internet verbesserte Möglichkeiten zur globalen Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens, eine Verringerung der vorhandenen sozialen Ungleichgewichte sowie eine intensivere Einbindung und Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen.<sup>1</sup>

Doch wird das Web tatsächlich weltweit demokratiefördernd wirksam<sup>2</sup>, oder können mit seiner Hilfe nicht auch vorhandene Machtstrukturen unterstützt und ausgebaut werden? Die Beantwortung dieser Frage wird durch die Charakteristik des Internet als weltumspannendes und in seiner Gesamtheit kaum zu kontrollierendes Medium erschwert. Es liegt nicht zuletzt an Maß und Art der politischen Gestaltung, welche Impulse von diesem neuen Medium ausgehen.

Wie autoritär geprägte Staaten auf das Internet Einfluss nehmen zum Erhalt und Ausbau vorhandener Machtstrukturen, soll Gegenstand dieser Arbeit sein. Die Ansätze in der Regulierung variieren dabei sehr stark, abhängig vom Grad der Durchdringung des Gemeinwesens durch das Internet und dem allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Im Rahmen meiner Untersuchung sollen Antworten auf folgende Fragestellungen gefunden werden:

- » *Welche unterschiedlichen Herangehensweisen autoritär geprägter Staaten sind im Umgang mit dem Internet zu beobachten?*
- » *Welche politisch-kulturellen, ökonomischen oder infrastrukturellen Ursachen führen zu dieser Varianz in den Regulierungsansätzen autoritär geprägter Staaten?*

Meine Ausführungen sollen deutlich machen, dass es mit entsprechendem Aufwand durchaus möglich ist, die Grenzen autoritärer Staaten auch in einem Medium wie dem Internet einzuzichnen und die zunehmende ökonomische Nutzung des Netzes von einer weitergehenden Demokratisierung zu trennen.

Ilmenau, im Dezember 2002

---

<sup>1</sup> Für eine Übersicht der aktuellen Diskussion vgl. Norris (2000), Seite 121f.

<sup>2</sup> Vgl. Human Rights Watch (1999): „...But it is arguably in less-developed and in more repressive countries that the Internet can have the greatest impact. Wherever it is accessible, the Internet has provided dramatic new possibilities for people to obtain and exchange information locally and internationally. It has been hailed by many as a force for eroding authoritarian political control and aiding participatory democracy.“

## Definition politischer Modelle

Als für moderne Staaten der westlichen Welt maßgebliches, an der sozialen Machtverteilung orientiertes politisches Modell läßt sich die „Demokratie“ (bzw. „Polyarchie“) deutlich abgrenzen vom idealtypischen Gegenmodell der „Autokratie“, welches eine Konzentration der Staatsgewalt in der Hand Einzelner bedeutet. In der empirischen Demokratieforschung werden zur Differenzierung des Demokratisierungsgrades im Wesentlichen drei Dimensionen untersucht:<sup>3</sup>

- » *das Ausmaß politischer Partizipation großer Bevölkerungsteile,*
- » *der politische Wettbewerb zwischen den wichtigsten Kontrahenten sowie*
- » *die Beachtung rechtsstaatlicher Standards und grundlegender Menschenrechte.*

Diese minimale Definition beschränkt sich bewusst auf den Politikbereich im engeren Sinne und kann als „nach oben offen“ betrachtet werden, ohne weitergehende Ansprüche auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen (am Arbeitsplatz, in sozialen Organisationen etc.) von vornherein auszuschließen.

Auch die Gestaltung der Rahmenbedingungen öffentlicher Kommunikation in einer Gesellschaft korrespondiert im Allgemeinen mit dem zugrundeliegenden politischen Modell und dessen Leitwerten. Insbesondere unter Berücksichtigung des Leitwertes „Freiheit“ können die autoritäre und die liberale Konzeption als die wesentlichen Modelle der Medienpolitik angesehen werden. Andere Theorien bewegen sich zwischen diesen beiden Konzeptionen und lassen sich als Weiterentwicklungen oder Modifikationen betrachten.<sup>4</sup>

Die autoritäre Medienpolitik stellt dabei das älteste der genannten Modelle dar. Zum Zeitpunkt der Entstehung sogenannter Massenmedien durch die Verbreitung des gedruckten Wortes waren autoritär gestaltete Systeme die vorherrschende Staatsform. Maßgeblich beteiligt an der Konzeption autoritärer Politik war der englische Philosoph Thomas Hobbes mit dem 1651 erschienenen „Leviathan“. Die Notwendigkeit einer weitgehenden Lenkung und Kontrolle der Medien wird durch das Interesse an einer friedlichen Entfaltung des Gemeinwesens begründet.<sup>5</sup>

Gegenpol zu diesem Ansatz ist die liberale Konzeption, wie sie unter anderem von John Stuart Mill 1869 in seinem Werk „On Liberty“ geprägt wurde. Die Meinung des einzelnen Menschen, ob richtig oder falsch, ist Baustein oder Prüfstein für die Wahrheitsfindung.<sup>6</sup> Die Wahrheit wird letztlich aus dem Wettbewerb der Meinungen gestärkt hervortreten. Die umfassende Presse- und Meinungsfreiheit wird damit zum Fundament einer liberalen Politik.

Verschiedene Untersuchungen internationaler Institute können als Messlatte für die Einordnung einzelner Staaten bezüglich ihres Demokratisierungsgrades herangezogen werden. Für eine erste Auswahl im Rahmen dieses Exposes wurden bewusst Studien mit unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben und –methoden genutzt, die in ihrer Bewertung keinen Schwerpunkt auf die Online-Politik gelegt haben:

---

3 Vgl. Berg-Schlosser (1999), Seite 356

4 Vgl. Siebert/ Peterson/ Schramm (1956), Seite 2

5 Vgl. Hobbes (1651), Chapter XVIII - Of the Rights of Sovereigns by Institution: "For the actions of men proceed from their opinions, and in the well governing of opinions consisteth the well governing of men's actions in order to their peace and concord."

6 Vgl. Mill (1869), Chapter II - Of the Liberty of Thought and Discussion: "...only through diversity of opinion is there, in the existing state of human intellect, a chance of fair play to all sides of the truth."

- » *Press Freedom Survey*:<sup>7</sup> von Freedom House; Untersuchung der Freiheit etablierter Massenmedien und Einordnung in drei Freiheitsgrade
- » *RSF Press Freedom Index*:<sup>8</sup> von Reporters sans Frontières; Befragung von Experten zur Situation im jeweiligen Land
- » *Polity IV*:<sup>9</sup> entwickelt an der University of Maryland; bewertet die Existenz von für die demokratische Entwicklung notwendigen institutionellen Faktoren
- » *Voice and Accountability*:<sup>10</sup> von World Bank Research; statistische Bewertung der wahrgenommenen Regierungsqualität eines Staates

In [Anhang 1] wird die Einordnung verschiedener Länder in den Studien dargestellt. Hierbei lassen sich trotz unterschiedlicher Herangehensweisen ähnliche Aussagen zum Grad der Demokratisierung der einzelnen Staaten und der verfolgten Medienpolitik treffen.

## **Regulierung des Internet**

Auch wenn das World Wide Web in zahlreichen Ländern noch kein Massenmedium darstellt, so besitzen die derzeitigen Entwicklungen dennoch Signalcharakter für die Zukunft der Kommunikation über das Internet. Denn dieses neue Medium hat unbestritten Auswirkungen auf die Gesellschaft. Insofern ist das Internet nur die Fortsetzung einer seit dem Buchdruck andauernden Entwicklung.<sup>11</sup>

Technisch betrachtet ist das Internet lediglich eine Einigung auf standardisierte Protokolle (IP) für den Austausch von Datenpaketen auf unterschiedlichsten physikalischen Übertragungsmedien. Von den angebotenen Diensten des Internet besitzt das World Wide Web am ehesten den Charakter eines Massenmediums. Mit der Schaffung des WWW begann das rasante Wachstum des Internet und gemeinsam mit dem Versand von E-Mail-Nachrichten ist es die am häufigsten genutzte Anwendung. Unter dem Druck der fortschreitenden wirtschaftlichen Globalisierung wird die Präsenz im Web auch mehr und mehr zu einer Voraussetzung für kommerziellen Erfolg.

Viele der herkömmlichen Ordnungsvorstellungen greifen nicht mehr bei einer globalen Struktur wie dem Internet, es verlangt neue Interpretationen, Anpassungen und Neufassungen bestehender Regeln. Hierbei lassen sich zwei Strategien zur Beeinflussung der Kommunikation über das Internet unterscheiden<sup>12</sup>:

- » *die regulative Strategie: von autorisierter Seite werden Regeln festgelegt, die durch Gebote und Verbote einen Rahmen für die öffentliche Kommunikation setzen*
- » *die distributive Strategie: durch Instrumente wie Subventionen oder unterschiedliche Steuersätze werden medienpolitisch erwünschte Leistungen gefördert oder erschwert*

---

7 Vgl. Freedom House (2002), Seite 17ff.

8 Vgl. Reporters sans Frontières (2002): „Worldwide Press Freedom Index“

9 Vgl. Polity IV - Project (2000), Seite i ff.

10 Vgl. World Bank Policy Research Department (1999), Seite 1ff.

11 Vgl. Kleinstaub (1999), Seite 49

12 Vgl. Vowe (2002), Beitrag „Massenmedien“

Diese beiden Strategien beziehen sich in ihren Instrumenten auf drei verschiedene Ansatzpunkte der Regulierung:

- » *die Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation,*
- » *die Inhalte von öffentlicher Kommunikation,*
- » *die Verfahren bei öffentlicher Kommunikation.*

## **Maßnahmen und Indikatoren**

Das Internet ist lediglich ein Medium. Für gesellschaftliche Konflikte, die im Web ihren Ausdruck finden können, trägt dieses Medium keine Verantwortung. Dennoch erfordert die mögliche Verbreitung illegaler Informationen unter Umständen eine staatlichen Regulierung der Kommunikation. Dabei lassen sich in der praktizierten Medienpolitik verschiedene Herangehensweisen beobachten.

Die Regulierung der Teilnahme an der Kommunikation über das Internet kann bei den Providern (Kommunikatoren) und den Nutzern (Rezipienten) ansetzen. Dabei lassen sich als Maßnahmen einer regulativen Strategie beispielsweise Genehmigungsverfahren, Registrierungspflichten für Nutzer und Lizenzierungsmodelle für Kommunikatoren nennen. Die distributive Strategie kann mit der Förderung moderner Innovationen und entsprechender Studiengänge sowie der Beteiligung an internationalen Gremien weitergehende Impulse verleihen.

Kern einer inhaltlichen Regulierung bilden Regelungen der persönlichen Freiheiten, des Jugendschutzes und des geistigen Eigentums. Regulierung durch Gesetze ist innerhalb der Landesgrenzen unmittelbar durchsetzbar und fördert durch die Androhung von Sanktionen auch die Selbstregulierung der Kommunikatoren im Internet. Maßnahmen juristischer Art werden oft noch zögerlich eingesetzt. Durch die Dezentralität der Struktur und die einfache Vervielfältigung der Inhalte herrscht zudem allgemein Unsicherheit darüber, wo bei Internetinhalten die Orte von Straftaten liegen und wer die Schuldigen sind.<sup>13</sup>

Die Förderung öffentlicher Internetprojekte, wie z.B. Projekten zum „Electronic Government“, als distributive Maßnahme trägt zu einer intensiveren Auseinandersetzung der Gesellschaft mit dem Internet bei. Eng damit verknüpft ist die Förderung von Kompetenzen zur Nutzung, Einordnung und Bewertung neuer Medieninhalte bei Anbietern und Nutzern. Die Dominanz der englischen Sprache und der Umgang mit dem Computer erfordern vielfach Fähigkeiten, die keineswegs als selbstverständlich betrachtet werden können.

Die inhaltliche Selbstregulierung innerhalb eines Mediums wie dem Internet hat den Vorteil der größeren Flexibilität im Vergleich zu aufwändigen Kontrollsystemen einer übergeordneten, staatlichen Instanz.<sup>14</sup> Die Rolle des Staates verlegt sich dabei von einer reinen Rechtsdurchsetzung hin zu Formen der Moderation. Neben der spontanen, etwa durch Marktprozesse ausgelösten Selbstregulierung sind explizite Vereinbarungen verschiedener Akteure wesentliche Form der Selbstregulierung.<sup>15</sup> Hierbei einigen sich die direkt an Betrieb und Nutzung Beteiligten beispielsweise auf Regeln für ihr Handeln und beschließen diese in Form von Kodizes. Bei einem Nichterreichen der Regulierungsziele kann die Selbstregulierung durch staatliche Sanktionierung ersetzt werden.

---

<sup>13</sup> Vgl. Müller (2002): „Strafverfolgung bis auf die Azoren“

<sup>14</sup> Vgl. Groebel/ Konert (2002), Seite 11

<sup>15</sup> Vgl. Schulz/Held (2002), Seite A-3

Der Einsatz von Filtersystemen stellt ein weiteres Mittel zur Regulierung der Inhalte dar. Eine vollständige technische Kontrolle des globalen Internet durch einen einzelnen Staat ist zwar nicht zu erreichen, doch innerhalb von Landesgrenzen lassen sich Internet-Aktivitäten durchaus regulieren. Im wesentlichen basieren alle Konzepte zur Filterung auf drei Ansätzen:

- » *DNS-Spoofing: Hierbei werden die Daten zur Übersetzung eines Domain-Namens (etwa www.name.de) in eine Rechneradresse (etwa 131.15.6.12) so geändert, daß für die Domains der zu sperrenden Seiten eigene Informationen heraus gegeben werden.*
- » *WWW-Proxy: Sämtliche Zugriffe auf Internet-Seiten werden zu einem sogenannten Proxy-Server als Zwischenstation geleitet. Zu sperrende Seiten werden dem Proxy bekannt gegeben, so daß ausschließlich freigegebene Inhalte zurückgeliefert werden.*
- » *Router access-lists: Den Routern, die die Anbindung zum Internet durchführen, werden Listen der Rechneradressen mitgeteilt, zu denen sie keine Anfragen weiterleiten.*

Für die Verfahren bei öffentlicher Kommunikation sind neben dem Datenschutz und der Wahrung von Urheberrechten Fragen der Standardisierung wichtiger Bestandteil der Regulierung. Diese können einerseits einen diskriminierungsfreien Anbieterzugang ermöglichen und zu einer volkswirtschaftlich erwünschten Senkung von Produktpreisen durch einheitliche Bestandteile beitragen, andererseits auch eine Schnittstelle für Filter- und Kontrollmethoden definieren. So sind Filtermaßnahmen sowohl unter Nutzung einer zentral verfügbaren, staatlich kontrollierten Internet-Infrastruktur durchführbar als auch beispielsweise über den regelmäßigen Austausch von Listen freigegebener bzw. gesperrter Inhalte unter den Zugangsprovidern.<sup>16</sup>

## **Modelle der Regulierung**

Auf die medienpolitischen Herausforderungen durch das Internet wird mit unterschiedlichen Methoden reagiert. Zum einen sind Beschränkungen bei der Internetnutzung ein restriktives Mittel zur Kontrolle, sei es durch gesetzliche Einschränkungen, Filtermaßnahmen oder grundsätzliche, wirtschaftlich und gesellschaftlich bedingte Grenzen. Zum anderen liegt in der proaktiven Förderung auch eine Möglichkeit, die bestehenden Machtstrukturen auf das Web zu übertragen und sogar zu festigen.

Für eine Systematisierung der Regulierungsansätze wurden 19 Staaten ausgewählt, welche im Freedom House Index<sup>17</sup> mit einer Punktzahl von 76 bis 100 in die Kategorie „NOT FREE“ eingeordnet wurden und für die auch Informationen in der Übersicht der Organisation „Reporter ohne Grenzen (RSF)“<sup>18</sup> zu Regulierungsmaßnahmen verfügbar waren.<sup>19</sup> Dabei konnte festgestellt werden, dass inhaltliche Filtermaßnahmen in fast allen Staaten mit einer mehr als nur geringfügigen Internetnutzung eingeführt wurden. Grundsätzliche Differenzen gibt es hingegen im Umfang der Regulierung der Rezipienten und dem Grad der Regulierung der Kommunikatoren. Das folgende Diagramm stellt vier Typen mit unterschiedlichen Regulierungsansätzen dar.

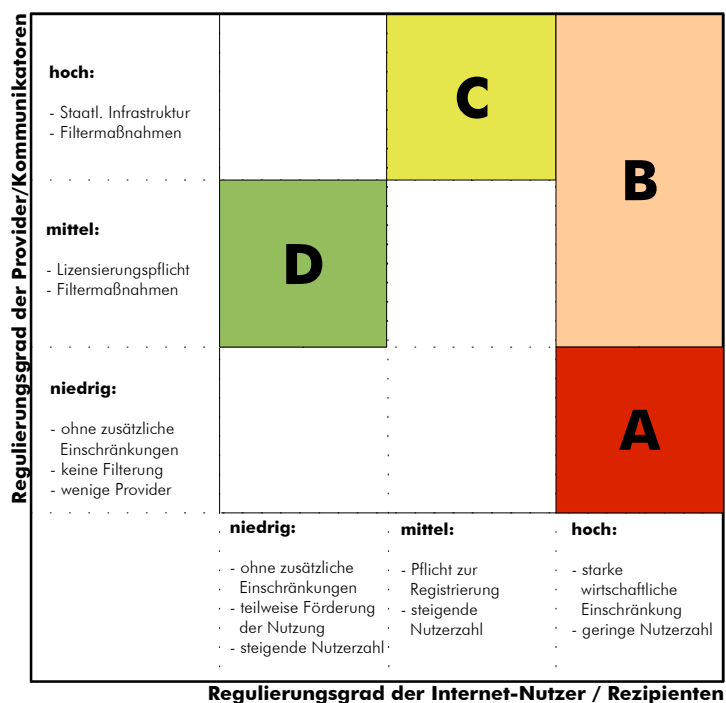
---

<sup>16</sup> Informationen zu kommerziellen Filterprogrammen und Probleme der Anwendung sind zum Beispiel zu finden unter National Coalition against Censorship (2001): Internet Filters – A public policy report

<sup>17</sup> Vgl. Freedom House (2002), Seite 9

<sup>18</sup> Vgl. Reporters sans Frontières (2001): „The Enemies of the Internet“

<sup>19</sup> Eine Übersicht der untersuchten Länder steht im [ Anhang 1 ] zur Verfügung.



In zu Typ A zählenden autoritären Staaten sind die wenigen Nutzer zumeist einer privilegierten Gruppe zugehörig, der Internetzugang erfolgt teilweise durch Einwahl über ausländische Provider. Hier wird von einer weitergehenden Regulierung abgesehen.<sup>20</sup> In diese Gruppe können Staaten wie Afghanistan, Angola und die Democratic Republic of Congo eingeordnet werden.

Der Typ B umfaßt autoritär geprägte Staaten, in welchen die vorhandenen wirtschaftlichen Einschränkungen vieler Bürger die Gruppe möglicher Nutzer in Grenzen halten. Der Zugang zum Internet wird nur über das staatliche Netzmonopol und wenige abhängige Provider ermöglicht. Ergänzt wird diese Politik durch die Anwendung von Filtermaßnahmen. Dieses reaktive Modell ist in Staaten wie Sudan, Somalia oder Turkmenistan zu beobachten.

Autoritäre Staaten der dritten Gruppe, als Typ C gekennzeichnet, regulieren das Internet auf allen Ebenen. Neben mögliche wirtschaftliche und infrastrukturelle Barrieren tritt die Pflicht zur Registrierung für die wachsende Nutzerzahl. Der Zugang ist nur über staatliche Anbieter möglich, flankiert durch den Einsatz von Filtermaßnahmen. Als Vertreter dieses restriktiven Ansatzes können Kuba und Vietnam betrachtet werden.

In autoritär geprägten Ländern vom Typ D erfolgt keine Begrenzung der vergleichsweise hohen Nutzerzahlen, weder durch eine Anmeldepflicht noch durch die Notwendigkeit einer Zugehörigkeit zu privilegierten Kreisen. Auch auf Seite der Kommunikatoren sind die Einschränkungen zur Betätigung reduziert. Durch Lizenzierung und Verpflichtungserklärungen wird eine Selbstregulierung der Akteure angestrebt. Unterstützend werden juristische Sanktionen und Filtermaßnahmen eingesetzt sowie ausgewählte Internetprojekte gefördert. China, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate können hier eingeordnet werden.

<sup>20</sup> Vgl. Reporters sans Frontières (2001): 'According to Aleksyandar Lukashuk, of the Byelorussian department of Radio Free Europe, „the secret services watch over what happens on line, but don't intervene, since the Internet audience is limited in Byelorussia – the scandal would be much bigger than what they would gain in terms of control“.'

## Ursachen der Regulierungsunterschiede

Wie lassen sich nun die unterschiedlichen Ansätze zur Regulierung erklären? Das als Typ A bezeichnete Modell ist ausschließlich in autoritär geprägten Staaten mit einer sehr geringen Nutzerzahl zu beobachten, die am Anfang der beginnenden Internetnutzung stehen. Die vorhandenen Unterschiede in den jeweiligen Gesellschaften bezüglich der ökonomischen Ausstattung und der erreichten Bildung führen bereits zu einer deutlichen Trennung der Bevölkerung in einen privilegierten potentiellen Nutzerkreis und den großen Rest ohne Zugangsmöglichkeit. Diese „digitale Spaltung“ erübrigt weitergehende Regulierungsmaßnahmen. Es ist jedoch zu erwarten, dass Staaten dieser Gruppe mit einer steigenden Internetdurchdringung ihren Ansatz zugunsten des Typ B oder C aufgeben.

Der Typ B kann als Fortsetzung des ersten Modells in Staaten mit einer durch ein geringes Bildungsniveau und relativ schlechte infrastrukturelle Voraussetzungen geprägten Gesellschaft betrachtet werden. Auf Seite der Kommunikatoren wird der eventuell entstandene freie Wettbewerb um Nutzer durch ein Quasi-Monopol staatlicher bzw. weniger, lizenzierter Zugangsprovider ersetzt. Dies bildet die Grundlage für eine zentrale Filterung des gesamten Internetverkehrs. Gemeinsamkeiten dieser Gruppe sind etwa

- » ein niedriger Anteil an Kindern, die eine grundlegende Schulbildung genossen haben<sup>21</sup>
- » eine geringe Verbreitung klassischer Kommunikationsmedien (Verbreitungsgrad von Telefonen oder Fernsehgeräten)<sup>22</sup>

Länder, welche dem Typ C zugeordnet werden können, setzen in Ergänzung zu den von Typ B verfolgten Regulierungsmaßnahmen auf Providerebene und einer eng damit verbundenen Filterung auf ergänzende Maßnahmen zur Einschränkung des Nutzerkreises, beispielsweise eine Pflicht zur Registrierung. Dies kann teilweise mit einem höheren Bildungsniveau der Bevölkerung erklärt werden, aber auch mit einer stärkeren Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf wissensintensivere Produkte. Hinweise darauf bietet beispielsweise

- » ein hoher Anteil an Studenten in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen im Verhältnis zur gesamten Studentenzahl<sup>23</sup>

Der Ansatz D ist in Ländern zu beobachten, die bereits einen relativ guten Stand in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erreicht haben. Eine starke Reglementierung der Internetnutzung durch Begrenzung der Nutzerzahl erscheint aus ökonomischen Gründen ungeeignet, auf Seiten der Kommunikatoren ist eingeschränkter Wettbewerb möglich. Vielmehr wird neben Filtermaßnahmen verstärkt auf einen hohen Grad an Selbstregulierung gesetzt. Diese Kontrolle wird insbesondere in arabischen Staaten mit der Beachtung religiöser Einschränkungen (z.B. Verbot pornografischer Inhalte) begründet, aber auch Fragen der „nationalen Sicherheit“ werden zur Erklärung herangezogen.<sup>24</sup>

Mit zunehmender wirtschaftlicher Bedeutung des Internet und einer wachsenden Nutzerzahl nutzen autoritär geprägte Staaten verstärkt die Ansätze C und D für die Regulierung des Internet. Dabei wird der Schwerpunkt auf Teilnahme-Einschränkungen für Kommunikatoren und die inhaltliche Regulierung der Rezipienten durch Filtermaßnahmen und verstärkte nationale Angebote gelegt.

---

21 Daten verfügbar z.B. in UNESCO (2000): „World Education Report 2000“

22 Die International Telecommunication Union (ITU) stellt entsprechende Informationen bereit; ITU (2001)

23 Daten verfügbar z.B. in UNESCO (2000): „World Education Report 2000“

24 Vgl. Rötzer (2002): „Reporter ohne Grenzen kritisieren Yahoo“

## Literatur

- » Berg-Schlosser, Dirk (1999): „Empirische Demokratieforschung: exemplarische Analysen“. Frankfurt/Main
- » CIA (2002): „The World Factbook 2002“.  
<<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>>  
11.11.2002
- » Freedom House (Hrsg.) (2002): „The Annual Survey of Press Freedom 2002“. New York
- » Freedom House (Hrsg.) (2001): „The Internet and Press Freedom 2000“. New York
- » Granma International (1997): „GI Digital Edition: One Year Old“.  
<<http://www.granma.cu/ingles/>>  
30.04.1997
- » Groebel, Prof. Dr. Jo/ Konert, Dr. Bertram (2002): „Fernsehen und Internet - Neue Risiken, neue Regulierungsfragen“; Diskussionspapier zum Workshop am 21. Februar 2002 in der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR), Düsseldorf. Düsseldorf
- » Kirchner, Henner (2001): „Cyberintifada? Internetnutzung in der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern“.  
<[http://www.politik-digital.de/netzpolitik/extremismus/hkirchner\\_intifada.shtml](http://www.politik-digital.de/netzpolitik/extremismus/hkirchner_intifada.shtml)>  
12.10.2001
- » Hobbes, Thomas (1651): „Leviathan“ – Onlineausgabe von August E. Brunsman IV  
<[http://www.infidels.org/library/historical/thomas\\_hobbes/leviathan.html](http://www.infidels.org/library/historical/thomas_hobbes/leviathan.html)>  
29.06.2001
- » Human Rights Watch (1999): „The Internet in the Mideast and North Africa“.  
<<http://www.hrw.org/advocacy/internet/mena/intro.htm>>  
08.07.1999
- » Internet Software Consortium (2002): „Distribution by Top-Level Domain Name by Name Jul 2002“  
<<http://www.isc.org/ds/WWW-200207/dist-bynome.html>>  
20.10.2002
- » ITU (International Telecommunication Union) (2002): „World Telecommunication Indicators“. Datenbank. Genf
- » Kleinsteuber, Hans J. (1999): „Politik und Medienevolution; Politikrelevante Aspekte der Kommunikationstechnik“. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen/Wiesbaden, S. 39-62
- » Mill, John Stuart (1869): „On Liberty“. London
- » Mosaic Group (1999): "An Update: The Internet in the Kingdom of Saudi Arabia".  
<[http://mosaic.unomaha.edu/SaudiArabia\\_1999.pdf](http://mosaic.unomaha.edu/SaudiArabia_1999.pdf)>  
30.09.2000
- » Müller, Lara (2002): „Strafverfolgung bis auf die Azoren“.  
<<http://www.politik-digital.de/text/netzpolitik/netzrecht/euricht.shtml>>  
07.02.2002
- » National Coalition against Censorship (2001): „Internet Filters – A public policy report“  
<<http://www.ncac.org/issues/internetfilters.html>>  
28.10.2002
- » Norris, Pippa (2000): „A Virtuos Circle: Political Communications in Postindustrial Societies“. Cambridge

- » Polity IV - Project (2000): „Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-1999“;  
Polity IV dataset version 2000.  
<<http://www.bsos.umd.edu/cidcm/inscr/polity>>  
24.10.2002
- » Reporters sans Frontières (Hrsg.) (2002): „Worldwide Press Freedom Index - How the index was drawn up“.  
<[http://www.rsf.fr/article.php3?id\\_article=4118](http://www.rsf.fr/article.php3?id_article=4118)>  
25.10.2002
- » Reporters sans Frontières (Hrsg.) (2001): „The Enemies of the Internet“.  
<<http://www.rsf.fr/ennemis.php3>>  
5.11.2002
- » Rötzer, Florian (2002): „Reporter ohne Grenzen kritisieren Yahoo“.  
<<http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/te/12954/1.html>>  
22.7.2002
- » Schulz, Wolfgang /Held, Thorsten (2002): „Regulierte Selbstregulierung als Form modernen Regierens“;  
Endbericht (Mai 2002) im Auftrag des Bundesbeauftragten für Angelegenheiten der Kultur und der Medien.  
Hamburg
- » Siebert, Fred S./ Peterson, Theodore/ Schramm, Wilbur (1956): „Four Theories of the Press“.  
Urbana
- » UNDP (United Nations Development Programme) (2002): „Human Development Report 2002“.  
New York
- » UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) (2000):  
„World Education Report 2000“. Paris
- » Vowe, Gerhard (2002): „Massenmedien“. In: Andersen/Woyke: Handwörterbuch des politischen Systems der  
Bundesrepublik Deutschland.
- » Weiß, Ulrich (1998): „Das Politische am Internet. Eine politikphilosophische Reflexion“.  
In: Gellner, Winand/ von Korff, Fritz (Hrsg.): Demokratie und Internet.  
Baden-Baden, S. 27-42
- » World Bank Policy Research Department (Hrsg.) (2002): „Governance Matters II: Updated Indicators  
for 2000-01“; World Bank Policy Research Department Working Paper.  
<<http://www.worldbank.org/wbi/governance/wp-governance.htm>>  
18.9.2002